



HARTZ PLUS

EINE STUDIE ÜBER DIE AUSWIRKUNGEN
VON HARTZ-IV-SANKTIONEN

PRESSEMAPPE

12.09.2022

Pressemitteilung

Aktuelle Studie belegt: Hartz IV-Sanktionen verfehlen Wirkung und machen krank

Berlin, 12.09.2022. Hartz IV-Sanktionen verfehlen ihre Wirkung - das ist das Ergebnis der ersten wissenschaftlichen Langzeitstudie zu Sanktionen in der Grundsicherung. Anstatt Menschen nachhaltig in Arbeit zu bringen, haben Kürzungen der Grundsicherung bei Verstößen gegen Auflagen der Jobcenter einen einschüchternden Effekt und können sogar Krankheiten verursachen. Den Kontakt mit den Jobcentern empfinden die im Rahmen der Studie "Hartz Plus" Befragten größtenteils als hinderlich, statt als unterstützend. "Sanktionen verfehlen ihre behauptete Wirkung. Sie verursachen fast immer eine Kultur des Misstrauens. Die Menschen fühlen sich eingeschüchtert und stigmatisiert. Sanktionen bringen Menschen nicht in Arbeit und haben in einer modernen Grundsicherung nichts verloren. " sagt die Gründerin von Sanktionsfrei e.V., Helena Steinhaus, anlässlich der Vorstellung der Studie in Berlin. Die Studie Hartz Plus wurde von Sanktionsfrei e.V. in Auftrag gegeben und vom Institut für empirische Sozial- und Wirtschaftsforschung Berlin (INES) durchgeführt.

Gemeinsam mit dem Paritätischen Gesamtverband und dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) wurden die Ergebnisse heute von Sanktionsfrei e.V. vorgestellt. Alle drei fordern eine umfassende Reform der Grundsicherung, zu der auch zwingend eine substantielle, bedarfsgerechte Anhebung der Regelsätze gehört. Die bisher vorgestellten Pläne der Ampel-Koalition für ein Bürgergeld seien unzureichend, so die gemeinsame Kritik. Der vorliegende Gesetzesentwurf für das neue Bürgergeld gibt den Jobcentern weiterhin die Möglichkeit, Sanktionen bis zu 30 Prozent zu verhängen. Nach aktuellen Verlautbarungen soll der Regelsatz ab dem 1.1.2023 um lediglich 50 Euro auf dann 500 Euro angehoben werden.

Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands, stellt klar: „Es muss endlich Schluss sein mit den Armutssätzen. Sanktionen gehören restlos abgeschafft. Nur dann kann von einer Überwindung von Hartz IV und einem echten Bürger*innengeld gesprochen werden.“

Der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) Marcel Fratzscher betont, besonders in Krisenzeiten sei es essenziell, dass soziale Leistungen ausreichend und gleichzeitig verlässlich sind. „Die Realität heute ist jedoch eine andere: Die Leistungen für die Grundsicherung sind angesichts hoher Preissteigerungen, beispielsweise bei Lebensmitteln von fast 20 Prozent, zu gering. Durch Sanktionen sind diese Leistungen für viele Menschen auch nicht verlässlich.“

Ab Januar 2023 soll Hartz IV durch das neue Bürgergeld ersetzt werden. Dafür müssen Bundestag und Bundesrat noch in diesem Herbst dem Gesetzentwurf zustimmen, der im August vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) vorgelegt wurde. Die Neuregelung der Sanktionen war unter anderem deshalb nötig geworden, weil das Bundesverfassungsgericht 2019 die Sanktionen teilweise für verfassungswidrig erklärt hatte. Das Gericht hatte betont, Sanktionen seien ein schwerwiegender Eingriff in die Persönlichkeitsrechte und nur gerechtfertigt, wenn sie nachweislich eine positive Wirkung auf das Arbeitsverhalten der Betroffenen haben. Außerdem mahnte es an, dass die Regelungen zu Sanktionen einer wissenschaftlichen Grundlage bedürfen. Laut Hochrechnungen der Bundesagentur für Arbeit lebten im Juli 2022 rund 5,6 Millionen Personen in Hartz-IV-Bedarfsgemeinschaften, unter ihnen rund 1,75 Millionen Kinder.

Die dreijährige Langzeitstudie „Hartz Plus“ wurde im Auftrag des Vereins Sanktionsfrei e.V. vom Institut für empirische Sozial- und Wirtschaftsforschung Berlin (INES) durchgeführt. Eine Gruppe, die Interventionsgruppe, bekam quasi eine Versicherung gegen Sanktionen; der Verein Sanktionsfrei hat bei ihr alle finanziellen Kürzungen durch das Jobcenter bedingungslos ersetzt.

Liste der Teilnehmenden

Helena Steinhaus ist Gründerin und Geschäftsführerin des gemeinnützigen Vereins Sanktionsfrei. Zuvor hat sie an der Europa-Universität Viadrina Kulturwissenschaften studiert. Nach eigenen Erfahrungen als Hartz IV-Beziehende bereits in ihrer Jugend, setzt sie sich seit 2015 für ein Ende des Hartz IV-Systems und die Einführung einer menschenwürdigen Grundsicherung ein.

Dr. Verena Tobsch ist Gründerin und Partnerin des Instituts für empirische Sozial- und Wirtschaftsforschung (INES Berlin) und Diplomkauffrau. Vor der Gründung des INES war sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin in den Bereichen quantitative Wirtschaftsforschung und Personalmanagement an verschiedenen Hochschulen (Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder), Universität Flensburg, Helmut-Schmidt-Universität/ Universität der Bundeswehr Hamburg) sowie außeruniversitären Forschungseinrichtungen tätig. Arbeitsmarktpolitik, Grundsicherung und soziale Teilhabe, Gleichstellung, Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind einige ihrer Forschungsfelder.

Prof. Marcel Fratzscher ist Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) und Professor für Makroökonomie an der Humboldt-Universität zu Berlin. Er ist u. a. Mitglied des High-level Advisory Board der Vereinten Nationen zu den Nachhaltigen Entwicklungszielen (SDGs), Mitglied des Beirats des Bundeswirtschaftsministeriums und Mitglied des Kuratoriums der Hertie School of Governance. Hauptsächlich beschäftigen ihn Themen der Makroökonomie und Finanzmärkte, der Ungleichheit, der Globalisierung und Integration Europas.

Dr. Ulrich Schneider ist Erziehungswissenschaftler und seit 1999 Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes. Dort war er zuvor bereits als Sozialwissenschaftlicher Referent, DDR-Beauftragter, Geschäftsführender Hauptreferent, Geschäftsführer für die Bereiche Grundsatzfragen, Gremien und Kommunikation tätig. In öffentlichen Auftritten sowie mehreren Buchveröffentlichungen engagiert er sich gegen Armut und für eine Sozialpolitik zu Gunsten der Schwachen

Zusammenfassung der Studie von Dr. Verena Tobsch,

Gründerin & Partnerin des Instituts für empirische Sozial- und Wirtschaftsforschung

Besonderheit der Studie, Erhebungsdesign und Fragestellungen

Die Studie Hartz Plus ist eine in Deutschland einmalige, repräsentative Studie zur Wirkung von Hartz IV-Sanktionen unter Anwendung eines Mixed-Methods-Ansatzes. Sie startete im Januar 2019 und endete im Januar 2022. Die Besonderheit des Designs besteht im Vergleich zweier Gruppen (Experimentaldesign) über den Verlauf von drei Jahren. Aus rund 4.500 Bewerber*innen wurden 585 Teilnehmende zufällig ausgewählt und in zwei Gruppen aufgeteilt. Die eine Gruppe erhielt quasi eine Versicherung gegen Sanktionen. Im Falle von finanziellen Kürzungen hat Sanktionsfrei e.V. diese bedingungslos ersetzt (Interventionsgruppe). Die andere Gruppe (Kontrollgruppe) hat keinen Sanktionsausgleich bekommen. Mit allen Teilnehmenden wurden insgesamt sieben Online-Befragungen durchgeführt. Schwerpunkte der Befragungen waren das psychosoziale Wohlbefinden, die finanzielle Situation, Erwerbsneigung und Erwerbstätigkeit, Wünsche, Sorgen und Ängste. Darüber hinaus wurden 16 Einzelinterviews mit Teilnehmenden aus beiden Gruppen durchgeführt. Zentrale Fragen waren:

1. Wie wirken sich Sanktionen und deren Androhung auf die psychosoziale Gesundheit und auf die sozio-ökonomische Lage von Menschen in Hartz IV aus?
2. Welche Ressourcen benötigen Menschen in Hartz IV, um im Sinne des Capability-Ansatzes von Amartya Sen ihre Wünsche gesellschaftlicher Teilhabe realisieren zu können?

Zentrale Ergebnisse

- Menschen, die aktuell auf Hartz IV angewiesen sind, fühlen sich weniger sozial integriert und schätzen ihre psychischen Ressourcen schlechter ein als Personen, die aktuell nicht auf Hartz IV angewiesen sind.
- Bezogen auf Renitenz, Erwerbstätigkeit und -neigung zeigen sich zwischen den beiden Gruppen keine statistisch signifikanten Unterschiede. Ob Sanktionen finanziell ausgeglichen werden oder nicht, ist irrelevant. Das heißt im Umkehrschluss, dass Sanktionen nicht als Motivator wirken.

- Sanktionen und ihre Androhung können schwerwiegende psychosoziale Folgen nach sich ziehen.

Für einen Teil der Hartz IV Beziehenden dieser Studie ist eine Integration auf den ersten Arbeitsmarkt als (zeitnah) nicht realisierbar einzustufen. Das hängt mit der Dauer ihrer Erwerbslosigkeit, ihrer bisherigen Erwerbs- und Berufsbiografie, ihrer im Zeitverlauf entwerteten Qualifikation oder ihrer Gesundheit zusammen.

Die Befunde der qualitativen Studie zeigen, dass eine auf die Problemlage der Betroffenen orientierte Beratung und Öffnung von Qualifizierungsangeboten zu einer Verbesserung ihrer Erwerbsfähigkeit beitragen könnte.

Statement Helena Steinhaus, Gründerin von Sanktionsfrei e.V.

Im Grundgesetz ist geregelt, dass ein menschenwürdiges Existenzminimum gewährleistet sein muss. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil im November 2019 streng gemahnt, dass jede Kürzung der Grundsicherung geeignet, erforderlich und zumutbar sein muss. Seit diesem Urteil darf Hartz IV noch um maximal 30 Prozent gekürzt werden. Der Gesetzgeber wurde zu einer Neuregelung aufgefordert. Klargestellt wurde vom Bundesverfassungsgericht: Sanktionen dürfen nicht allein auf Annahmen basieren, sondern müssen wissenschaftlich belegt sein.

Einen entsprechenden wissenschaftlichen Beleg für die positiven Wirkungen von Sanktionen hat seit der Einführung von Hartz IV keiner erbracht. Trotzdem will die Regierung auch beim neuen Bürgergeld an Sanktionen festhalten. Auch künftig soll es unter bestimmten Voraussetzungen möglich sein, existenzsichernde Leistungen unter das Minimum zu kürzen.

Mit der vorliegenden Hartz Plus-Studie haben wir genau hingeschaut und gefragt: Wie wirken Hartz IV-Sanktionen? Und wie wirkt Sanktionsfreiheit? Braucht es Sanktionen, damit die Menschen sich tatsächlich um Arbeit bemühen?

Die Studie ging über drei Jahre und wurde im Auftrag des Vereins Sanktionsfrei vom Institut für empirische Sozial- und Wirtschaftsforschung Berlin, durchgeführt.

Das Interesse, an der Studie teilzunehmen, war enorm. Von über 4.500 Bewerber*innen wurden knapp 600 Teilnehmende zufällig ausgewählt und in zwei Gruppen aufgeteilt: Eine Gruppe, die Interventionsgruppe, bekam quasi eine Versicherung gegen Sanktionen; der Verein Sanktionsfrei hat bei den Proband*innen alle finanziellen Kürzungen bedingungslos ersetzt.

Die Ergebnisse belegen deutlich: Sanktionen haben zwar eine Wirkung, aber nicht die beabsichtigte bzw. behauptete Wirkung, Menschen besser in Arbeit zu bringen. Im Gegenteil: Die stärkste Wirkung, die von Sanktionen ausgeht, ist Einschüchterung und Stigmatisierung. Die Menschen fühlen sich kontrolliert und bestraft. Bereits die Androhung von Sanktionen verstärkt bei den Betroffenen das Gefühl von Ausweglosigkeit und Isolation und kann sogar Krankheiten verursachen und verstärken.

Den Kontakt zu ihrem Jobcenter erleben die befragten Personen dabei häufiger einschränkend als unterstützend. Sie fühlen sich der Behörde in hohem Maße ausgeliefert. Die finanziellen Kürzungen selbst haben dagegen keinen besonderen Effekt auf die Motivation oder Kooperationsbereitschaft der Betroffenen. Die ganz große Mehrheit der Befragten – 78 Prozent der Kontrollgruppe und 83 Prozent der Interventionsgruppe – sprechen sich deutlich für eine Abschaffung der Sanktionen aus.

Unsere HartzPlus-Studie zeigt:

Sanktionen sind kein geeignetes Mittel, um langfristig positiv auf das Arbeitsverhalten von Hartz IV Beziehenden hinzuwirken. Sanktionen sind weder zielführend noch wirksam. Das „System Hartz IV“, so die Autorinnen der Studie, beeinträchtigt die psychosoziale Situation negativ, ganz unabhängig von Sanktionen und ihrem Ausgleich.

Aus unserer praktischen Arbeit bei Sanktionsfrei wissen wir, dass Sanktionen häufig auch diejenigen treffen, die gar keine Erwerbsarbeit aufnehmen können: Menschen, die Care-Arbeit leisten, sich um Angehörige kümmern müssen, psychisch oder physisch Kranke. Menschen, die für den ersten Arbeitsmarkt trotz aller Bemühungen nicht attraktiv sind. Jugendliche und Kinder, die für ihre Eltern mit in Haftung genommen werden. 1,75 Millionen Kinder & Jugendliche leben mit ihren Eltern in Bedarfsgemeinschaften und können indirekt sanktioniert werden.

In den nächsten Wochen stimmt der Bundestag über die „größte Sozialstaatsreform seit der Agenda 2010“ ab: Die Koalition muss bei der Einführung des Bürgergeldes Sanktionen endlich abschaffen. Ansonsten führt das Bürgergeld die Kultur des Misstrauens, der Einschüchterung und Stigmatisierung fort, die Hartz IV in den letzten 17 Jahren kultiviert hat. Wenn das Bürgergeld aber Menschen in schwierigen Lebenslagen wirklich angemessen unterstützen soll, dann müssen die Sanktionen weg und der Regelsatz um mindestens 200 € erhöht werden! Sonst ist es kein Bürgergeld, sondern Bürger-Hartz.

Statement Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands

Sehr geehrte Damen und Herren,

aus Sicht des Paritätischen zeigt die von Sanktionsfrei vorgelegte Studie insbesondere zwei ganz wesentliche Befunde. Es geht um die Sanktionswirkung und es geht um die Höhe der Regelsätze in Hartz IV.

Die Studie bestätigt die Haltung unseres Verbandes: Die Sanktionen in Hartz IV sind nichts anderes als Ausdruck einer längst überholten schwarzen Rohrstockpädagogik. Sie spiegeln lediglich die misanthropische Grundhaltung, die Hartz IV durchzieht, haben aber keinerlei positive verhaltensändernde Wirkung. Das heißt aber auch: Sanktionen haben keinen Platz in einem modernen Hilfesystem. Sie gehören restlos abgeschafft. Ständige Kontrolle, latente und permanente Einschüchterung durch Sanktionen sind die schlechtmöglichen Rahmenbedingungen, um Menschen aus sozial schwierigen Situationen herauszuhelfen und auch dauerhaft in Arbeit zu vermitteln. Nur Hilfen helfen. Hilfe statt Strafe muss die Leitschnur für eine echte Reform von Hartz IV hin zu einem modernen Bürger*innengeld sein.

Ein weiterer Befund der Studie hat für uns angesichts der aktuellen Diskussion um wirksame Entlastungen eine ganz besondere Brisanz: Bei 47 Prozent der zufällig für die Studie ausgewählten Hartz-IV-Beziehenden decken die Einnahmen nicht die Ausgaben. Mit anderen Worten: Bei fast der Hälfte der Hartz-IV-Beziehenden reicht das zur Geld nicht bis zum Monatsende. Es ist eine Tatsache, die erst einmal unglaublich klingt, die aber von anderen Untersuchungen durchaus gestützt wird. Die Betroffenen retten sich mit dem Verzehr des wenigen Ersparnen, sofern überhaupt vorhanden, machen Schulden oder werden von Verwandten oder Freunden unterstützt.

Hartz IV hilft nicht über den Monat. Diese Aussage war schon vor den explodierenden Lebenshaltungskosten in diesem Jahr richtig. Nun hat sich die Situation noch einmal deutlich verschärft. Die Kaufkraft des ohnehin seitens des Arbeitsministeriums trickreich kleingerechneten und deshalb nicht bedarfsgerechten Regelsatzes von 449 Euro liegt im Vergleich auf Grund der Inflation bei gerade noch

413 Euro. Aus unserer Beratungspraxis wissen wir: Die Menschen in Hartz IV und Altersgrundsicherung sind verzweifelt und wissen nicht mehr ein noch aus. Zwei Millionen Menschen, die regelmäßig Essenspenden bei den Tafeln suchen, geben davon ein beredtes Zeugnis. Nun haben wir erste Fälle, in denen Menschen Schulden machen, um Nachzahlungen für Strom und Gas zu stemmen.

Nach unseren Berechnungen würde ein seriös berechneter Regelsatz derzeit 678 Euro statt 449 Euro betragen.

Unsere Forderung daher: Erhöhung der Regelsätze noch in diesem Herbst um pauschal 200 Euro, um den Menschen über den Monat zu helfen, volle Übernahme der Stromkosten als Bestandteil der Wohnkosten und eine schnellstmögliche Neuberechnung der Regesätze, die der jahrelang vorgetragenen massiven Kritik der Experten und Expertinnen endlich Rechnung trägt. Nur dann kann nach unserer Ansicht von einer Überwindung von Hartz IV und einem echten Bürger*innengeld gesprochen werden.

Statement Prof. Marcel Fratzscher, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin)

Die Einführung eines Bürgergeldes ist in Krisenzeiten wie diesen dringender geboten denn je. Gerade die zurzeit hohe Inflation hat unsoziale Verteilungswirkungen und belastet die Menschen in der Grundsicherung ungleich härter als Menschen mit höheren Einkommen. Der Sozialstaat ist gefordert.

Besonders in Krisenzeiten ist es essenziell, dass soziale Leistungen ausreichend und gleichzeitig verlässlich sind. Die Realität heute ist jedoch eine andere: Die Leistungen für die Grundsicherung sind angesichts hoher Preissteigerungen, beispielsweise bei Lebensmitteln von fast 20 Prozent, zu gering. Und durch Sanktionen sind diese Leistungen für viele Menschen auch nicht verlässlich. Daher ist die neue Studie von Sanktionsfrei e.V. und dem Forschungsinstitut INES so wichtig und wertvoll. Sie unterstreicht den enormen Schaden, den Sanktionen für viele der verletzlichsten Menschen unserer Gesellschaft verursachen und dass weitere grundlegende Reformen auch beim Bürgergeld dringend notwendig sind.

Das Bürgergeld birgt viel Potenzial: Wenn es richtig ausgestaltet ist und auch die Lehren von dieser und anderen wissenschaftlichen Studien berücksichtigt werden, führt es weg von einem sanktionierenden und passiven Sozialstaat hin zu einem System, das jede Einzelne und jeden Einzelnen befähigt, eigenverantwortlich zu handeln, selbstbestimmt zu leben, und damit auch gesellschaftliches Vertrauen schafft.

„Fördern und Fordern“ – so lautete der Grundgedanke der Hartz-IV-Reformen. Dies ist grundsätzlich richtig, allerdings muss der klare Schwerpunkt auf „Fördern“ liegen. Pandemie, Inflation und Energie-Krise infolge des Ukraine-Kriegs haben unsere Gesellschaft und vor allem die unteren Einkommensschichten vor enorme, oftmals sogar existenzielle Herausforderungen gestellt – um schneller, unbürokratischer und direkter betroffene Menschen zu unterstützen und Härten abzufedern, muss der Sozialstaat neue Lösungen finden. Wichtig dabei sind angesichts der galoppierenden Inflation auch höhere Regelsätze, die Armutsrisiken abmildern könnten.

Im Juli wurden Sanktionen temporär ausgesetzt und die Auszahlung von Leistungen vereinfacht. Das war der richtige Weg. Nur so können langwierige bürokratische Prozesse vermieden und Hilfe schnell geleistet werden, beispielsweise durch einen Verzicht auf die Vermögensprüfung bei sozialen Hilfen.

Wissenschaftliche Studien und Befragungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Jobcenter haben gezeigt: Die Erleichterungen haben vor allem positive Effekte. Meistens haben sie nicht dazu geführt, dass die Menschen das System missbrauchen. Im Gegenteil: Rasche und oft bedingungslose Unterstützung erlaubt es den Menschen, die Krise besser zu bewältigen.

Hartz IV haftet ein stigmatisierendes Image an, das es zu überwinden gilt. Eine aktuelle Befragung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) und der Ruhr-Universität Bochum unter Hartz-IV-Empfängerinnen und Empfängern kommt unter anderem zu dem Ergebnis, dass ein hoher Anteil der Leistungsbeziehenden sich für den Bezug von Hartz IV schämt. Mehr als die Hälfte hat das Gefühl, nicht richtig zur Gesellschaft dazuzugehören. Langzeitarbeitslose engagieren sich aber oftmals ehrenamtlich, in der Nachbarschaftshilfe oder verdienen sich etwas mit kleineren Jobs hinzu – oftmals in der Schattenwirtschaft. Auch hier könnte die Reform des Grundsicherungssystems ansetzen, um Hartz-IV-Beziehenden wieder mehr soziale Teilhabe zu ermöglichen und dem Gefühl der Ausgrenzung entgegenzuwirken. Bessere Zuverdienstmöglichkeiten und mehr gezielte Weiterbildungsangebote sind ein Hebel, damit Langzeitarbeitslose wieder auf dem ersten Arbeitsmarkt Fuß fassen können.

Eine grundlegende Transformation der Sozialsysteme in Deutschland ist längst überfällig. Wir müssen weg von einem passiven, reaktiven Sozialstaat, der nur eingreift, wenn die Menschen bereits in Notlagen wie Arbeitslosigkeit oder Krankheit gerutscht sind. Der moderne Sozialstaat muss motivierend und befähigend wirken und individuelle Potenziale fördern. Ein Bürgergeld mit einem weitestgehenden Abbau der Sanktionen und mit höheren Regelsätzen sowie eine Kindergrundsicherung stellen wichtige Bausteine für diesen Sozialstaat dar. Sie sind ein essenzieller Beitrag dazu, die soziale Polarisierung unserer Gesellschaft zu überwinden. Die derzeitige Krise muss zum Transformationsbeschleuniger werden.

Zitate von Studien-Teilnehmenden

Aus den qualitativen, anonymen Interviews der Studie Hartz Plus

Quelle: Studie Hartz Plus, S.71 ff.

Ansprechpartnerin: Dr. Doris Holtmann, INES Berlin

„Mir geht es nicht gut mit dem Druck, der vom Jobcenter ausgeübt wird, mit den Drohungen, die da auch teilweise kommen. Mir geht es mit all dem überhaupt nicht gut. Und ich versuche das, mit psychotherapeutischer Hilfe aufzufangen.“

„Ich habe eine Arbeit in einer Spielhalle abgelehnt. Ich habe ein Suchtproblem schon seit meiner Jugend. Ich habe denen geschildert, dass ich mich nicht mit meinem Suchtproblem an einer anderen Sucht beteiligen kann. Daraufhin hatte ich dann auch einmal so eine Sperre bekommen.“

„Ich habe mich manchmal sehr zurückgehalten. Ich wäre manchmal gerne deutlicher gewesen. Also ich hätte manchmal auch gerne Kritik geübt. Ich habe mich aber nie getraut. Weil ich immer wusste, ich sitze am kürzeren Hebel und ich muss froh sein, wenn es nicht noch weiter eskaliert. Ich habe mich nie getraut, Kritik zu äußern, ich muss es leider ehrlich so sagen.“

„Die Menschen, mit denen ich da so in Kontakt bin, also das ist sehr bürokratisch (...). Ja, ich habe eine Aktennummer und da muss irgendwie was erreicht werden, muss unterm Strich was rauskommen. Egal, was da für ein Mensch jetzt da sitzt und was der für ein Anliegen hat oder vielleicht auch für Schwierigkeiten hat. Das ist erstmal total egal.“

„Also es ist so, ich würde mit den Kindern auch mal gerne mal in den Freizeitpark gehen oder einfach mal eine Berg- und Talfahrt irgendwo machen, aber es geht nicht, ich kann für uns drei keine 40 Euro ausgeben.“

„(...) Ich sag mal dreiviertel sind für die Tonne. Das ist nichts. Ich rufe dann da [Arbeitgeber] an. (...) und die fragen mich, was haben Sie denn gemacht? Dann erzähle ich das so ein bisschen und dann sagen die „Nee, da haben wir uns schon was Anderes vorgestellt. Also es ist völlig aussichtslos als ein zwischen 55- und 65 Jahre alter Mann [einen Job zu finden]. Aber, im Moment arbeite ich ehrenamtlich

bei der Tafel, bei mir im Bezirk. Da komme ich unter Leute und habe das Gefühl, ich mache ein bisschen Sozialarbeit.“

„X Bewerbungen [gemeint sind Stellenangebote] auf den Tisch gelegt bekommt, (...) einfach nur, damit der Sachbearbeiter seine Quote erfüllt. Also der Sachbearbeiter muss eine Quote erfüllen, damit er keinen Stress von seinem Chef kriegt, aber das hinter jeder dieser Quote halt eine große Anzahl an Menschen steht, die eventuell was Anderes bräuchten, das ist dann halt die nächste Geschichte.“

„Die hat mich so schikaniert und hat immer gesagt: Ja, nee, das glaubt sie nicht, dass das eine Zukunft hat, dieses [Webdesign].‘ Und hat dann gesagt: ‚Jetzt müsste ich [das] erstmal beweisen. Bis Montag sammelst du mir 30 Unterschriften von Arbeitgebern, dass die dich einstellen mit der Ausbildung.‘ Und dann habe ich ihr am Montag aber 50 auf den Tisch gelegt.“

„(...) mein Leben lang Hartz IV zu bekommen, das ist es ja nicht. Das ist überhaupt nicht der Plan, der Plan ist, dass ich arbeite und eben in dem Bereich, der mit guttut und den ich mir wünsche. (...) cool wäre es natürlich, wenn ich nicht nochmal zum Hartz-IV-Amt muss. Das würde mich stolz machen. (...) selbstständig zu sein und darauf nicht mehr angewiesen zu sein. Einfach so ein ganz normaler Mensch zu sein, der ganz normal arbeitet und davon leben kann und selber für sich sorgen kann.“

„Und was ich ganz toll fand an der Studie, das find' ich wirklich sehr bemerkenswert, so als Gefühl, ich hatte überhaupt gar keine Sorge, jemals Sanktionen zu bekommen.“

Hintergrundtext: Sanktionsfrei e.V.

Der 2015 gegründete Verein Sanktionsfrei setzt sich für eine armutsfeste und sanktionsfreie Grundsicherung ein. Durch die Kooperation mit unterschiedlichen Expert*innen im Bereich der Sozialpolitik versammelt Sanktionsfrei e.V. eine anerkannte Expertise zu den Themen Armut und Erwerbslosigkeit. Der Verein erreichte über die Medien ein hohes Maß an Öffentlichkeit. Über einen spendenfinanzierten Solidartopf werden Sanktionen und andere Leistungskürzungen unbürokratisch ausgeglichen. Gleichzeitig ermöglicht der Verein über seine Online-Plattform einen unkomplizierten Widerspruch gegen Sanktionen. In bundesweiten (social-media) Kampagnen thematisiert er das gesellschaftliche Stigma von Erwerbslosigkeit. Über 1.000 Dauerspender*innen unterstützen den Verein in seinen Tätigkeiten.

Die Studie "Hartz Plus" wurde 2019 in Auftrag gegeben. Finanziert wurde die Studie vollständig aus zivilgesellschaftlichen Mitteln, u.a. von: Eutopia Foundation, FRIBIS - Freiburg Institute for Basic Income Studies, Mein Grundeinkommen e.V., Haleakala Stiftung und Stiftung Grundeinkommen.

Hintergrundtext: Institut für empirische Sozial- und Wirtschaftsforschung

Das Institut für empirische Sozial- und Wirtschaftsforschung (INES Berlin) gründete sich im Mai 2014. Es ist ein unabhängiges privates Forschungsinstitut mit Sitz in Berlin. Gründerinnen sind Dr. Tanja Schmidt, Diplom-Soziologin und Statistikerin, und Dr. Verena Tobsch, Diplom-Kauffrau und Sozialökonomin. INES Berlin beschäftigt sich empirisch fundiert mit aktuellen und klassischen sozial-, arbeitsmarkt- und gesellschaftspolitischen Fragen, auch international vergleichend. Dazu gehören insbesondere die Analyse von gleichstellungspolitischen Fragen, Lebens- und Erwerbsverläufen, Armut und gesellschaftlicher Teilhabe, Gründungsaktivitäten von Frauen, Wandel von Arbeitskulturen und Arbeitsbedingungen. Das Institut veröffentlichte u.a. Publikationen zu 'Wohlstand, Armut und Reichtum neu ermittelt. Materielle Teilhabe aus mehrdimensionaler Perspektive', 'Selbstständige Frauen und Unternehmerinnen in Deutschland', 'Tatsächliche und gewünschte Arbeitszeiten im Lebenslauf', 'Allein(erziehend) wird's teuer! Die Entwicklung der Wohnkostenbelastung für Familien', 'Potenziale unfreiwilliger Teilzeit in Deutschland'.

Für die Studie Hartz Plus waren federführend verantwortlich:

- **Verena Tobsch**, Expertin für Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, Gleichstellung, soziale Sicherung und Teilhabe
- **Tanja Schmidt**, Expertin für Gleichstellungs- und Genderforschung, Lebens- und Erwerbsverläufe, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, Regionalforschung und Sozialberichterstattung
- **Doris Holtmann**, Sozialwissenschaftlerin und Senior Researcher bei INES Berlin, Arbeitsschwerpunkte: Vereinbarkeit von Arbeit und Leben, soziale Innovation, Berufliche Bildung, Gender Diversity
- **Claudia Brandt**, Fachangestellte für Markt- und Sozialforschung bei INES Berlin, Quali- und quantitative Datenanalyse